

Sachsen-**St**adt-**Bl**att

Sachsen-**St**adt-**Bl**att

Gegründet 1856

Rechtsblatt: Sachsen-Blatt
Jahres-Sammelnummer: 16841
Büro für Rechtsanwalte Nr. 30011
Schriftleitung & Haftungshaberei:
Dresden - K. L. Klemmstraße 28/48

Gegenabgabe bei Mietzinsen und Zinsen monatlich 2,40 RM. (einfachlich 30 Pf. für
Tageszeitungen), durch Postkarte 2,40 RM. einfache Abgabe ohne Bezahlung (ab 1000
bei zwei wöchentlichen Zeitungen). Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Dresden 15 Pf., Ausgaben-
preise: Für einfache 30 mm breite Seite ab 10 Pf., für ausgedehnt 40 Pf. Sammlerpreisen und
Stellungskosten ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., bis 30 mm breite Reklameseite 200 Pf.
außerhalb 200 Pf. Offiziersausgabe 20 Pf. Ausdrucke auf Kosten eines Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt,
Dresden, Postfach 1-810, 1908 Dresden
Rufnummern mit den Buchstaben
(Dresden, Raditz) zu rufen. Werbung
Sachläden werden nicht aufbewahrt

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meissen i. Sa., Martinstraße 12

Drucksachen
für Handel und Gewerbe
in moderner Ausführung
erhalten Sie durch die
Graph. Kunstanstalt
Liepsch & Reichardt
Marienstr. 38/42 / Fernruf 25241

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20
Amalienstraße 8/10
Honigkuchen / Marzipan

Die französische Regierung ist gestürzt

Tardieu mit acht Stimmen in der Minderheit

Paris, 4. Dez. Im französischen Senat stellte heute Ministerpräsident Tardieu im Anschluß an eine Interpellation des radikalen Senators Héry die Vertrauensfrage. 147 Senatoren stimmten gegen die Regierung und nur 139 für sie. Damit war das Kabinett Tardieu mit acht Stimmen Mehrheit gestürzt. Es reichte daraus hin dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgebot ein. Der Rücktritt wurde genehmigt. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sollen bereits am Freitagvormittag aufgenommen werden.

Persönliche und sachliche Gründe

Paris, 4. Dez. Das Anfang März d. J. nach dem Untergang des radikalen Eintagskabinetts Chautemps von Tardieu gebildete zweite Ministerium ist an der selben Klippe gescheitert, die am 17. Februar bei einer belanglosen Abstimmung das Auseinandersetzen seiner ersten Kombination herbeiführte:

Am Mangel einer festen Mehrheit.

In Stelle der Burgfriedensmehrheit, die in den wirtschaftlichen Jahren 1926 bis 1928 die Politik Poincarés unterstützte, war Tardieu, nachdem die Parteipolitik wieder in ihre Rechte getreten war, auf das gefährliche, aber in Frankreich

nicht ungewöhnliche Spiel der sogenannten "Erstahmehrheiten" angewiesen. Es führte im Februar ebenso wie heute zu der widerprüchsvollen Notwendigkeit, mit einer rechtsgesetzlichen Mehrheit eine Linkspolitik zu treiben. Tardieu muhte, um sich am Ruder zu erhalten, Briançon stützen, obwohl er außenpolitisch auf einer anderen Linie marschierte. Zu dieser Haupthaupthälfte, die von den radikalen Gegnern des Kabinetts heute mit schmunzelndem Sarfasmus ausgenutzt wurde, kamen diesmal noch das Wirtschaftsreformprogramm Tardiefs, das für vollkommen unzureichend erklärt wird, und die kläre Distanz mit den damit zusammenhängenden Finanzskandalen, die seit Wochen eine Krisenstimmung geschaffen haben. Dazu traten die in Frankreich nicht zu unterschätzenden persönlichen Gründe. Sie liegen in dem Naturtal des Ministerpräsidenten, der seine Widersacher gern seine Überlegenheit fühlen läßt.

Tardieu zeigte sich beim Verlassen der Kammer keineswegs mißgestimmt. Er hatte im Gegenteil die Miere seiner besten Tage und sagte jedem, der es hören wollte, in traurigem Tone: "Ein schöner Sturz. Warum macht ihr so traurige Gesichter? Wir geben gleich ins Clafé und dann schlafen." In den Wandelräumen der Kammer rechnet man allgemein damit, daß Poincaré als erster mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden, aber aus Gefundheitsgründen ablehnen wird. Man ist der festen Überzeugung, daß der aukünftige Ministerpräsident wieder Tardieu sein wird, um so mehr, als der Staatspräsident sich darauf berufen kann, daß Tardieu selbst im Zustandsandal in seiner Weise kompromittiert ist.

(Bericht über die Finanzdebatte siehe Seite 8)

Reichstag unter dem Tributensystem

Der Haushaltplan des Deutschen Reiches für 1931 hat, gemessen an früheren Jahren, den Vorzug, daß er dem Reichstag bereits am 8. Dezember vom Reichsfinanzminister vorgelegt werden konnte. Bisher war es leider üblich geworden, mit der Beratung desselben erst zu beginnen, nachdem das Haushaltsjahr, das bekanntlich am 1. April beginnt, bereits längst angefangen hatte. Man merkt es dem Staat an, daß er ein Kind der allerkräftigsten Zeit ist, die daß Reich seit der Inflation durchgemacht hat. Deshalb verdienst seine Zahlen die er stets die Berücksichtigung. Die Regierung hält ihn auf den dreißig neuen Steuern auf, die sie jetzt im Wege der Notverordnung unter Umgehung des Parlaments erlassen hat. Auf dem Papier soll dadurch ein Steuermehreraufkommen von rund 1 Milliarde erzielt werden. Wohlgerne ist auf dem Papier! Denn die Regierung hat sich ja selbst zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß neue Steuern noch lange keine neuen Einnahmen sind. In Wirklichkeit haben wir trotz aller Steuerweichen seit dem Juli erhebliche Steuerrückgänge zu verzeichnen. Der Finanzminister beziffert den Gesamtminderertrag auf 1,148 Milliarden. Er war deshalb trotz der erhöhten Steuern gezwungen, an den Ausgaben insgesamt 1,158 Milliarde abzustreichen. Man hat diese Ersparnis als eine große Tat des Kabinetts Brüning gefeiert. In Wirklichkeit sind sie selbstverständlich nur eine Handlung der allerdringendsten Not, und es bleibt noch sehr die Frage, ob sie überhaupt genügen werden. Denn noch weiß niemand, ob das Ausmaß der Steuerrückgänge nicht ein viel erheblicher sein wird, als die Reichsregierung annimmt. Daß eine Senkung unserer Ausgabenwirtschaft von gebieterischer Notwendigkeit ist, ergibt sich aus der katastrophalen Steigerung des Gesamtabbedarfes des Reiches seit 1913. Damals betrugen die Ausgaben 2,672 Milliarden Mark, im Jahre 1920 fast das doppelte, 4,941 Milliarden, und im Jahre 1930 bereits die unerträgliche Summe von 11,578 Milliarden. Angesichts dieser Entwicklung ist die Senkung der Ausgaben auf 10,687 Milliarden, die auch für das Jahr von 1932 und 1933 als Höchstsumme gelten soll, nur ein kleiner Anfang. Aber die Regierung versichert uns, wie lauer ihr allein schon dieses beispiellose Ergebnis geworden sei, weil ihr nach Abzug der äußeren und inneren Lasten sowie der Verzinsung der Schulden nur noch 2,5 Milliarden eigentlich Ausgaben verbleiben. Hier melden sich bereits zwei Krebschäden, die an unseren Finanzen ziehen: die Tributate und eine durch sie verursachte Verschuldung, die bereits für das Reich seit dem Sommer vorigen Jahres um nicht mehr als drei Milliarden gestiegen ist. Davon sind allein 1,800 Milliarden schwedende Bankenschulden, die sich trotz der Tilgungsvorrichtungen nicht vermindert haben, sondern in gleicher Höhe wie am Ende des letzten Jahres vorhanden sind. Die hohe Zinsbelastung bleibt also nach wie vor bestehen.

Dabei beruht der Haushaltplan, den Dietrich als in Einnahmen und Ausgaben ausgleichen vorlegt, noch auf drei sehr optimistischen Voraussetzungen:

Ebens darf die Arbeitslosigkeit nicht größer werden, wie veranschlagt. Denn das Reich hat nur die Krisensicherung mit 400 Millionen Mark übernommen. Die reine Erwerbslosenversicherung muß sich selbst erhalten. Sie kann das bei 6,5 Prozent Beiträgen und einer Einnahme von 1,716 Milliarde nur, wenn die Durchschnittszahl der Arbeitslosen, die ihr betreut werden, nicht 1,2 Millionen überschreitet.

Dafür aber ist zweitens notwendig, daß die Gemeinden die Mittel für die ihnen zur Last fallende Zahl der von den Wohlfahrtsbehörden betreuten Erwerbslosen aufzubringen vermögen. Die Gemeinden haben ja in der letzten Zeit sich gegen Brünings Sanierungsprogramm und den neuen Staat sehr lebhaft zur Wehr gesetzt, mit der durchaus stichhaltigen Begründung, daß die Ausbalancierung des Haushaltes auf ihre Kosten erzielt worden sei. Denn das Reich

Die große Finanzdebatte im Reichstag

Gedrückte Stimmung des Parlaments

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Dez. Wie eine Art Schattenspiel gleitet der erste Tag der Staatsdebatte vor dem Auge des Zuhörers und Zuschauers vorbei, ab und zu braust es an dieser oder jener Stelle des Hauses auf, aber schon ist wieder Ruhe. Schon wieder in einer gewissen Gleichdrückigkeit die Worte der verschiedenen Parteireferenten durch den schlechtheiteten Reichstagssaal. Alles lädt den Schlaf zu, als ob hier im Reichstag eigentlich doch nur die Schatten der Reichsparlamente eigentlich doch nur die Schatten der wahren politischen Mächte agieren. Alles, was sich seit Wochen und Monaten abgespielt hat, hat die Gloriolen, als ob hier im Reichstag die wichtigsten Entscheidungen fallen könnten, verblasen lassen.

Es stillt und gedämpft es heute im Reichstag, um so lauter, bewegter und blutvoller ist es draußen vor den Toren und draußen im Vande, wo sich die Wogen politischer Leidenschaft immer härter brandend erheben.

Und wo entgegen den merkwürdig zurißhaltenden Stimmen im Reichstag sich das innenpolitische Schicksal Deutschlands gestaltet. Den Reigen der Debatternden eröffnete der Sozialdemokrat Keil, der sich wohl der schwierigen Position, die er zu verteidigen hatte, bewußt war. Er begann mit seinen Ausführungen zwar nicht mit Adam und Eva, hielt es aber für notwendig, vom Weltkrieg auszugehen, um dadurch zu verschleiern, daß seit Ausgang des Weltkrieges die Macht doch mehr oder weniger in den Händen seiner Partei lag, die deshalb die Verantwortung für das, was heute ist, trägt. Diese Last aber zu tragen, dunkle Herrn Keil zu schwer, und wie Dr. Brüning für alles, was über uns hereingebrochen ist, die Weltwirtschaftskrise verantwortlich zu machen pflegte, so versuchte es der sozialdemokratische Haushaltsschverhandlige mit dem Weltkrieg.

Beide Versuche werden im Volk jedoch wenig versangen. Keil wurde abgelehnt von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Fiedler, der in breiter Form die Argumente des Nationalsozialismus vortrug, dessen Rede eine eigentlich politische Wendung aber erst am Schlussh nahm, wo er gleichzeitig angeordnete Schulze bei um Freiheit und Ehre zitterte und dem Wunsche Ausdruck gab, daß eines Tages doch einmal der Zeitpunkt kommen möge, wo auch das Zentrum dieses Gebet zusammen mit der Rechten werde beten können.

Der Reichsfinanzminister Dietrich fühlte sich durch zahlreiche Hinweise des nationalsozialistischen Abgeordneten sehr getroffen und nahm deshalb alsbald das

Wort zu einer temperamentvollen Erwiderung. Als er geendet hatte, füllte der Kommunist Stöcker die Mittagspause mit einer Rede aus, der nur seine Fraktionskollegen beiwohnten. Das Geschrei, das er anhob, tönte aber selbst durch die Türen des Sitzungssaales hindurch. Nach der obligatorischen Mittagspause von 2 bis 3 Uhr kam dann Herr Erkins vom Zentrum zu Worte, der natürlich nichts anderes tun konnte, als seinem arg bedrangten Parteigenossen Dr. Brüning die Stange zu halten und sich an Hugenberg und den Nationalsozialisten zu reiben.

Eine ganz vorläufige Rede hielt dann der ostböhmische deutschnationale Dr. Bang, dessen Anklagen gegen die Regierungbank scharf pointiert niederschlugen; er räumte endlich einmal mit der Behauptung auf, die jetzigen Zustände hätten ihre Ursache in der Weltwirtschaftskrise. Reichskanzler und andere Reichsminister plädierten mit den helllosen Verhältnissen in Deutschland stets dieses Argument zu verknüpfen, das praktisch weniger als eine halbe Wahrheit ist. Was zu der heutigen Krise geführt hat, ist nicht die Lage der Weltwirtschaft, sondern die Vernichtung des inneren deutschen Marktes, der einerseits einer vereinfachten Wirtschaftspolitik und andererseits der Tributopolitik zum Opfer gefallen ist. Interessant war auch der Vergleich mit den Gefälschten für den öffentlichen Apparat in Deutschland, der sich, wenn man den entsprechend gesunkenen Wert der Mark in Rechnung stellt, um mehr als das Doppelte gegenüber 1918 vergrößert hat.

Für die sächsischen Tabakinteressen

trat Finanzrat Dr. Bang mit bereiteten Worten ein. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Hoffnungen der Regierung auf eine wesentliche Besserung der Lage ohne ein Herangehen an die Tributfrage enttäuscht werden würden und bekannte sich zum Schlussh zu der Entscheidung: Lieber eine national-völkerliche Diktatur als eine rote.

Der völkische Abgeordnete Dr. Gremel verfügte dann in längeren Ausführungen die Haltung seiner Fraktion zu begründen. Er mußte in zahlreichen Hallen herbe Kritik an Notverordnung und Staat üben, aber die politische Lage scheint der Deutschen Volkspartei eine zustimmende Haltung zu dictieren. Dies kam dann auch zwischen vielen Bem und Aber zum Ausdruck.

Dr. Gereke von der Landvolkspartei knüpfte an die Ausführungen seines Vorfahnen an und begründete aus sachlichen Gesichtspunkten die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Als letzter Redner des heutigen Tages sprach ein Vertreter der Volksnationalen Gruppe, der auf die Seite der Regierung trat. Der Reichskanzler ergriff heute nicht mehr das Wort. Die zweite Rednergarantitur wird am Freitag aufmarschieren, die dritte und letzte am Sonnabend. Das ist dann der Tag der parlamentarischen Entscheidungen, bei denen die Regierung mit 17 Stimmen Mehrheit durchs Ziel zu gehen

(Sitzungsbericht auf Seite 1)

Heute:

D.N.-Kraftfahrer

Seite 13 und 14